

B

Ausgabe 3/2002

18. Jahrgang
ISSN 0177-7165**Teure
Erlebniskiste**Essen, Trinken & Co
S. 2**Alzheimer – Bilder einer Ausstellung**Einblicke in eine andere Welt vermittelt uns einfühlsam
die Hamburger Fotografin Claudia Thoenen**Welt-Alzheimer-Tag 21. 9. 2002**

S. 3, 4/5 und 8

**Katastrophen-
vorsorge und
Rettungswesen**

S. 7

lickpunkt öffentliche Gesundheit

Ausverkauf des ÖGD?

Gesundheitsamt Bremen gibt Sozialpsychiatrischen Dienst auf

Das Gesundheitsamt in Bremen macht von sich reden. Die Entscheidung, den Sozialpsychiatrischen Dienst in der bisherigen Form aufzugeben, hat in anderen Regionen Deutschlands Diskussionen ausgelöst, die, wie zu erwarten, nicht nur von Zustimmung getragen sind. Auch wenn es selten offen ausgesprochen wird, die unterschwellige Sorge ist deutlich spürbar: Ist dies der Anfang vom Ende, beginnt hier der Ausverkauf des ÖGD? Nein, meint Heinz-Jochen Zenker, der Leiter des Gesundheitsamtes Bremen. Er sieht die Entscheidung, die fünf regionalen Beratungsstellen des Sozialpsychiatrischen Dienstes in neu entstehende psychiatrische Behandlungszentren zu integrieren, als Teil einer notwendigen ÖGD-Reform, aber auch und vor allem als konsequente Weiterentwicklung der Psychiatriereform.

Kritische Nachfragen und zeitweiliges Kopfschütteln von Kollegen aus anderen Regionen über die Konsequenzen der laufenden Bremer ÖGD-Reform legen es nahe, kurz über das Modellprojekt *Weiterentwicklung des Gesundheitsamtes Bremen 2000 – 2005* zu berichten und dabei exemplarisch die Zukunft des hiesigen Sozialpsychiatrischen Dienstes zu beschreiben.

Seit Anfang der 80iger Jahre hat das Gesundheitsamt Bremen mehrere Reformschritte vollzogen: konzeptionelle und organisatorische Anpassungen waren und sind notwendig. Vor dem Hintergrund knapper Ressourcen, gesellschaftlicher Veränderungen und gesundheitswissenschaftlicher Erkenntnisse verfolgt das jetzige Modellprojekt *Weiterentwicklung des Gesundheitsamtes Bremen 2000–2005* im Wesentlichen folgende Ziele:

- Aufgabenkritik (weg vom traditionellen Aufgabenspektrum des Gesundheitsamtes hin zum Public-Health-Management), d.h. insbesondere kritische Überprüfung aller personen- und gruppenbezogenen Dienstleistungen unter strenger Berücksichtigung der Subsidiarität sowie der Ausschöpfung verbesserter Koope-

ration und Koordination mit anderen Leistungserbringern.

- Beibehaltung der besonderen Verantwortung für die Gesundheitssicherung stark benachteiligter Zielgruppen.
- Stärkung der kommunalen Berichterstattung im Sinne interner Qualitätssicherung und Aufbereitung prioritärer entscheidungs- und handlungsrelevanter Problemfelder.
- Zusammenführung der Fach- und Ressourcenverantwortung für alle steuerfinanzierten präventiven, kurativen und rehabilitativen Leistungen (Integrierte operative Steuerung).¹⁾ Was bedeutet dies für die knapp 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassenden Sozialpsychiatrischen Dienste? Hier wird es als Folge des Modellprojektes und der Bremischen Psychiatrieentwicklung grundlegende Veränderungen geben.

**Konsequente
Psychiatriereform**

Bremen ist seit über 25 Jahren für seine konsequente Psychiatriereform bekannt. Das Langzeithospital wurde aufgelöst, die Patienten in betreutes Wohnen und andere komplementäre Einrichtungen re-integriert. Begleitet wurde dieses seit 1989 durch den Aufbau eines bedarfsgerechten, dezentralen Sozialpsychiatrischen Dienstes am hiesigen Gesundheitsamt. So vollzog sich der Wandel von der zentralistischen, stationären, tendenziell kustodialen (ausgrenzenden) zur ambulanten und emanzipatorischen Versorgung seelisch Kranker in der Kommune.

Das einzige, relativ peripher liegende psychiatrische Akutkrankenhaus, das Teil eines großen Allgemeinkrankenhauses ist, entschied sich zur internen Sektorisierung. Des weiteren übernahmen sogenannte Sektörärzte sowohl oberärztlich die Leitung der stadtteilbezogenen Stationen als auch die des

jeweiligen Sozialpsychiatrischen Dienstes. Damit war die Auflösung der zentralen institutionsbezogenen Psychiatrie eingeleitet. Die Voraussetzungen für die nächste Stufe der Reform waren gegeben.

Unter Berücksichtigung der Prinzipien „so viel ambulant wie möglich und so wenig stationär wie nötig“ und „personen- anstelle institutionsbezogener Hilfen“ wurde die Schaffung eines neuen integrierten – mit personeller Betreuungskontinuität ausgestatteten – Hilfesystems notwendig.

**Zukünftig: Psychiatrische
Behandlungszentren**

Sukzessive werden in den fünf bremischen Bezirken Psychiatrische Behandlungszentren (PBZ) entstehen, in denen die ambulante teil- und in der Endstufe auch die vollstationäre Versorgung eine Einheit bilden. Konsequenterweise bedeutet das die Zusammenfassung steuerfinanzierter (ÖGDG, PsychKG) und beitragsfinanzierter (SGB V etc.) Leistungen.

Auch wenn zurzeit nur in zwei von fünf Bezirken die komplette Struktur dieses zukunftsweisenden Versorgungssystems umgesetzt werden kann, die Weichen sind gestellt in Richtung Auflösung des Großkrankenhauses einerseits und bedarfsgerechter personenzentrierter Hilfen vor Ort ohne institutionelle Barrieren andererseits.

Augenblicklich findet der Transfer des Personalkörpers des Sozialpsychiatrischen Dienstes vom Gesundheitsamt zu den psychiatrischen Behandlungszentren statt. Der ÖGD behält neben seiner psychiatrischen Spezialambulanz für Kinder und Jugendliche (ein Jointventure mit der hiesigen Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik und deren Institutsambulanz ist angestrebt) die medizinische Ambulanz für Drogenabhängige. Bisher war es nicht möglich, das Drogenhilfesystem in die

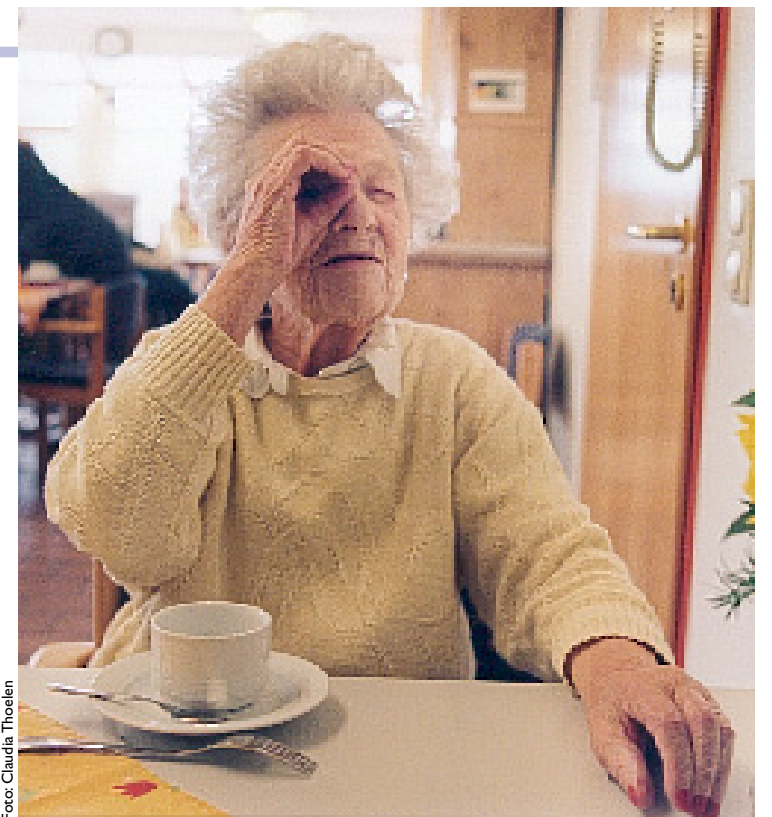


Foto: Claudia Thoenen

**„Was sehen Augen, wenn Vergangenheit
und Gegenwart eins werden?“**Dr. Jan Wojnar, Leiter des psychiatrischen Dienstes
pflegen & wohnen in Hamburg

regionale psychiatrische Versorgungsstruktur konzeptionell und strukturell einzubinden – was zu bedauern ist.

Was bleibt dem ÖGD?

Und der ÖGD? Was bleibt ihm nach dem institutionellen Outsourcing des Sozialpsychiatrischen Dienstes?

Ausgehend von der Zielsetzung, das traditionelle, eher starre Aufgabenspektrum des ÖGD zu hinterfragen und in ein kommunales Public-Health-Management zu wandeln, baut das Gesundheitsamt eine sogenannte „Kommunale Steuerungseinheit Psychiatrie“ auf, die nach einem Stufenplan für das gesamte Spektrum steuerfinanzierter Hilfen die Fach- und Ressourcenverantwortung für seelisch Kranke übernehmen wird.

**Eine neue
Management-Aufgabe**

Das mittelfristig zu verantwortende Budget in diesem Sektor (Stadtgemeinde Bremen 540.000 Einwohner) umfasst nach heutiger Schätzung mindestens 15 bis 20 Millionen Euro pro Jahr.

Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, erhält das Gesundheitsamt eine personell adäquat ausgestattete fachliche (psychiatrische, betriebswirtschaftliche und berichterstattende) Kernkompetenz. Dabei soll versucht werden, in Analogie zu der Kooperation der GKV mit ihrem MDK, für den Sozialhilfeträger Steuerungsfunktionen zu übernehmen. Insbesondere wird ein Controllingsystem aufgebaut, das dazu beitragen soll, die Leistungen effektiv und effizient zu gestalten, um somit die strategischen Vorgaben der Politik umsetzen zu helfen und dem persönlichen Hilfe-, Behandlungs- und Rehabilitationsbedarf der Betroffenen gerecht zu werden.

Wir sind uns der Herausforderung durch diese neue Public-Health-Management-Aufgabe bewusst, möglicherweise ist das Bremer Modell nur begrenzt auf andere Regionen übertragbar, das Grundprinzip ist jedoch überzeugend, oder? Nachfragen und kritische Kommentare sind willkommen.

H.-Jochen Zenker

¹⁾ Die Zusammenfassung des Projekt-Endberichtes ist unter www.gesundheitsamt.bremen.de abrufbar.

Dem Thema „**Outsourcing von Aufgaben des ÖGD (Grenzen und Möglichkeiten)**“ ist auch die Veranstaltung des Fördervereins der Akademie am 9. September 2002 in Kassel gewidmet. Dr. Heinz-Jochen Zenker wird einer der Referenten dort sein und für Diskussionen zur Verfügung stehen. Anmeldungen zu dieser Veranstaltung nimmt Frau Dr. Anne Bunte entgegen, Förderverein der Freunde und Absolventen der Akademie, Auf'm Hennekamp 70, 40225 Düsseldorf, Fax: 02 11/3 10 96 34.

Marburg

KHK-Stiftungspreis 2002

Die Krankenhaus-Hygiene-Kongress-Stiftung (KHK-Stiftung) in Marburg schreibt für das Jahr 2002 wieder einen Stiftungspreis aus. Innovative Arbeiten, welche sich mit der Verbesserung des Hygienestandards in allen Bereichen von Gesundheitseinrichtungen beschäftigen, sollen mit diesem Preis ausgezeichnet werden. Der Preis ist mit 7.000 Euro dotiert. Die Bewerbung erfolgt durch die Einreichung einer Veröffentlichung, Dissertation oder Diplomarbeit, die nicht älter als ein Jahr ist, oder einer noch nicht veröffentli-

chen Arbeit, die die Steigerung des Hygienestandards in Gesundheitseinrichtungen zum Thema hat. Die Bewerbungsfrist für die betreffenden Arbeiten, die ausdrücklich aus allen Berufszweigen kommen können, ist der 31.12.2002. Der Preis soll Anfang 2003 verliehen werden.

Die Arbeiten sind in dreifacher Ausfertigung und auf Diskette einzureichen bei der: Krankenhaus-Hygiene-Kongress-Stiftung, Freiherr-vom-Stein-Str. 31, 35041 Marburg.

miin

world wide web

Bei Gesundheitsthemen ist Vorsicht geboten

(ste) Beim Thema Gesundheit wird man/frau im Internet fündig. Tausende Internetseiten informieren. Aber – sind die angebotenen Informationen verlässlich? Werden wir gut informiert? Untersuchungen zu dieser Frage gibt es bereits viele. Ein deutsch-englisches Wissenschaftlerteam hat jetzt 79 entsprechende empirische Studien systematisch durchgesehen. 7270 Internetseiten (websites und webpages) wurden in diesen Studien evaluiert. Immerhin 55 Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die Qualität der im Web angebotenen Gesundheitsinformationen einiges zu wünschen übrig lässt „quality is a problem on the web“. 22 Studien urteilen neutral. Lediglich 7 Studien bescheinigen den Informationen eine gute Qualität, wobei in diesen Stu-

dien deutlich weichere Kriterien verwendet wurden.

Das Resümee der Wissenschaftler: die Ergebnisse der Studien lassen sich nur schwer zusammenführen, zu groß sind die methodischen Unterschiede. So machten sie allein 86 unterschiedliche Qualitätskriterien zur Bewertung der Internetseiten aus. Es bedürfe hier – so die Wissenschaftler – dringend standardisierter Kriterien. („Empirical Studies Assessing the Quality of Health Information for Consumers on the World Wide Web. A Systematic Review, in: Journal of the American Medical Association, Vol. 287, No. 20, p. 2691)

Das Resümee für uns „user“: Bei Informationen zum Thema Gesundheit ist auf jeden Fall Vorsicht geboten.

Erlebniskiste Essen, Trinken & Co.

Bohnen wachsen nicht in Dosen, und die Milch nicht im Kühlschrank. Vielen Kids im Kindergarten- und Grundschulalter ist das nicht mehr unbedingt klar. Für sie – die Kids und ihre Lehrer/innen – hat die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen die Erlebniskiste Essen, Trinken & Co zusammengestellt. 16 Themen rund ums Essen und Trinken sind hier für den Einsatz in der Grundschule pädagogisch aufgearbeitet. Die Sammlung bietet eine Fülle von Materialien, wie CD-Roms, Hörspielkassetten, Folienvorlagen, Poster und Spiele. Angenehm für die Lehrer/innen: es gibt detaillierte Vorschläge für die fächerübergreifende Unterrichtsgestaltung mit formulierten Lernzielen und Angaben zum Zeitaufwand. Hinter der Idee der Erlebniskiste steht das 1999 gegründete „Netzwerk Gesunde Ernährung“. Ihm gehören ne-

ben der Verbraucherzentrale NRW der aid Infodienst und der Verband für Unabhängige Gesundheitsberatung e. V. (UGB) an. Initiator des Netzwerks ist der Gießener Ernährungswissenschaftler Professor Dr. Claus Leitzmann. Sie alle eint das Ziel, über solche und andere Aktionen Kindern genussvolles und gesundes Essen nahe zu bringen.

Ob die mitwirkenden Institutionen mit der Erlebniskiste ihre Zielgruppe (die Lehrer/innen und Kinder in der Grundschule) erreichen werden – das ist allerdings mehr als fraglich. Grund hierfür ist der Preis. Wer argumentiert „Die Schule spart Geld und Aufwand, denn hier gibt es qualitätsgeprüfte Materialien zu einem attraktiven Preis“ und dann den „attraktiven“ Preis nennt: Euro 369,-, der kennt – es tut mir Leid – die Schulwirklichkeit nicht. Und das ist ärgerlich.

Ellen Steinbach



Bestelladresse für die Erlebniskiste ist die UGB-Beratungs- und Verlags-GmbH, Sandusweg 3, 35435 Wettenberg-Gießen, Fax: 06 41/8 08 96 50, e-Mail: erlebniskiste@ugb.de
Nähere Informationen unter: www.erlebniskiste.de

Schleswig-Holstein

Erfreuliche Entwicklung beim Impfschutz

(ste) Wie ist es mit dem Impfschutz bei Kindergartenkindern in Schleswig-Holstein bestellt? Nach Auswertung der zentral beim jugendärztlichen Dienst in Flensburg gesammelten ärztlichen Bescheinigungen liegen jetzt die Ergebnisse für das Jahr 2001 vor. Danach ist die Rate der Zweitimpfung für Masern im Vergleich zum Vorjahr um 9% gestiegen; im Jahr 2001 lag sie in Schleswig-Holstein landesweit bei 24 % (Spitzenreiter: die Stadt Flensburg mit 54,4%). Eine ähnlich erfreuliche Entwicklung ist bei der Hepatitis B Impfung zu verzeichnen: mit 81% ist die Rate um 6 % gestiegen. Die Gesundheitsämter in Schleswig-Holstein wer-

den diese und andere Zahlen – im Sinne der Kooperation auf dem Gebiet des Impfschutzes bei Kindern – an die niedergelassenen (Kinder-)Ärzte in ihrem Bereich zurückspiegeln.

Die neue ärztliche Bescheinigung laut Kita-Verordnung ist seit 2000 in Schleswig-Holstein im Einsatz (wir berichteten in der Ausgabe 1/02).

Ein Standard-Info-Set zu dieser Bescheinigung ist erhältlich bei Marita Harder, Stadt Flensburg, Fachbereich Jugend, Soziales und Gesundheit, Jugendärztlicher Dienst, Postfach, 24931 Flensburg, Tel.: 04 61/85-26 48, Fax: 04 61/85-26 49, e-Mail: info@flensburg.de

Stuttgart

Verwaltungsreform für Heilberufe

(pm) Bisher getrennte Regelungen über die Zuständigkeiten im Ausbildungs-, Prüfungs- und Berufsrecht der Heilberufe werden in einer neuen Verordnung zusammengeführt

Der baden-württembergische Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 9. Juli 2002 eine Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausbildungs-, Prüfungs- und Berufsrecht der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten beschlossen. Die Verordnung trete am Tage nach ihrer Verkündung im Gesetzblatt in Kraft, teilte das Sozialministerium im Anschluss an die Sitzung mit. Mit der neuen Verordnung werden die bisher für die einzelnen Heilberufe getrennten Zuständigkeitsregelungen zusammengefasst. Die Bündelung zielt nach Mitteilung des Sozialministeriums auf eine höhere Transparenz der Behördenzuständigkeiten im Bereich der akademischen Heilberufe ab.

Zur weiteren Verwaltungsvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung wurden außerdem einzelne Aufgaben neu geordnet:

■ Das Regierungspräsidium Stuttgart wird künftig über die Anerkennung geeigneter Stellen zur Ausbildung in Erster Hilfe für Medizinstudenten entscheiden.

■ Die Zuständigkeiten für zahnärztliche Dienstleistungserbringer aus anderen EU-Mitgliedstaaten und EWR-Vertragsstaaten werden vom Regierungspräsidium Stuttgart auf die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg übertragen.

■ Beim Regierungspräsidium Stuttgart werden künftig alle Zuständigkeiten für den Vollzug der Bundes-Tierärzteordnung gebündelt. Diese Aufgaben wurden bisher teilweise von allen vier Regierungspräsidien im Land wahrgenommen.

Aachen

Europäische Regionalkonferenz

Vom 11. bis 15. November 2002 findet in Aachen eine europäische Regionalkonferenz mit dem Schwerpunktthema: *Vernetzt arbeiten in der Praxis: Partner verbinden in der Rehabilitation* statt. Es geht um behinderte Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft, um politische Entwicklungen in Europa „Wie sozial ist Europa?“ und um vernetztes Arbeiten auf europäischer Ebene. Ein Tag der Veranstaltung, der 14. Novem-

Berlin

Gesunde Stadt Berlin

Im Juni 2001 beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus, dass nicht nur einzelne Bezirke, sondern die ganze Stadt Mitglied im Gesunde Städte-Netzwerk werden soll. Die Fachtagung *Bausteine für eine gesunde Stadt* am 12. September in Berlin will vor diesem Hintergrund Themen und Ansätze aufgreifen, die dazu beitragen können, aus „guten Beschlüssen eine gesunde Politik“ werden zu lassen.

Es gibt drei Themenschwerpunkte: *Stand der Gesunden Städte-Arbeit in Deutschland und auf internationaler Ebene, Gesundheitsberichterstattung und schließlich Lokale Ökonomie und Gesundheitsförderung.*

Nähere Informationen: Gesundheit Berlin e. V., Straßburger Straße 56, 10405 Berlin, Tel. 0 30/44 31 90-60; Fax: 0 30/44 31 90-63, e-Mail: post@gesundheitsberlin.de

Stellenangebot

In der Abteilung Infektiologie des Stadtgesundheitsamtes Frankfurt am Main sind zwei Stellen (Gesundheitsaufseher/in oder Sozialmedizinische/r Assistent/in) zu besetzen.

Ansprechpartner: Dr. René Gottschalk, Tel.: 0 69/2 12-3 62 52, e-Mail: rene.gottschalk@stadt-frankfurt.de

Alzheimer – Bilder einer Ausstellung

Ein Besuch im Gesundheitshaus der Stadt Münster, Anfang Juli diesen Jahres, gab mir Einblick in eine mir bis dahin unbekannte Welt: in die Welt/Welten von Alzheimer Patientinnen und Patienten. Schon beim Betreten des Gesundheitshauses fielen sie auf, die einfühlsamen Bilder von Claudia Thoelen, einer Hamburger Fotografin. Sie war durch eine Auftragsarbeit vor sechs Jahren auf das Thema Alzheimer gestoßen. Die damals entstandenen Bilder zeigen eine eindrucksvolle Annäherung an jene Menschen, die uns aufgrund ihrer Krankheit eigentlich so fern, in ihrer eigenen Welt lebend, erscheinen.

Claudia Thoelens fotografischer Blick ist völlig frei von voyeuristischem Interesse, die Bilder sind von solch einer Intensität und Lebendigkeit, die nur erreicht werden kann, wenn es gelingt, eine empathische Beziehung zum fotografischen Objekt herzustellen. Claudia Thoelen verbrachte viele Tage, Wochen mit Alzheimer Patientinnen und Patienten, versuchte ihre Sinnwelten zu erschließen und zu verstehen. Ihre Fotografien sind zugleich Entdeckungen. Der Betrachter erfährt einen zutiefst menschlichen, ja wertschätzenden Zugang zu einem Krankheitsbild, das uns sonst eher in Schrecken versetzt und in Ratlosigkeit entlässt. Damit leistet Claudia Thoelen einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung all derer, die sich mit der »Krankheit des Jahrhunderts« konfrontiert sehen und auseinandersetzen müssen.

Die Alzheimer Gesellschaft Münster e.V. lud ein, vom 26. Juni bis 24. Juli 2002, die Ausstellung »Alzheimer – Eine andere Welt?« mit den Fotos von Claudia Thoelen im Gesundheitshaus zu besuchen (s. a. Auszug aus der Eröffnungsrede des Vorsitzenden der Alzheimer Gesellschaft Münster e.V., Dr. Dirk K. Wolter-Henseler).

In der Bundesrepublik Deutschland leiden etwa anderthalb Millionen Menschen an der ursächlich noch als unheilbar geltenden Hirnleistungsstörung, der nach dem bayerischen Nervenarzt und Pathologen 1907 erstmals beschrieben und nach ihm benannten Alzheimer-Krankheit.

Die Pflege eines demenzkranken Menschen führt zu enormen körperlichen und seelischen Belastungen bei den Angehörigen. Pflegenden Angehörige müssen dabei oft erleben, dass sie den sozialen Kontakt zu Nachbarn und Freunden verlieren und die finanziellen Belastungen der Pflege trotz Pflegeversicherung enorm sein können. Die

Alzheimer Gesellschaften in ganz Deutschland möchten insbesondere den betroffenen Pflegenden helfen, durch geeignete Betreuungsangebote diese enormen Belastungen zu mindern. Neben Beratung, Aufklärung und Information sehen sie eine Hauptaufgabe darin, durch Öffentlichkeits- und Verbandsarbeit zur Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger beizutragen. Die Fotoausstellung von Claudia Thoelen ist wohl bestens dazu geeignet, auf das gesellschaftlich relevante Thema demenzerkrankter Menschen und ihrer Pflege in geeigneter Weise aufmerksam zu machen.

Spontan entstand in Münster die Idee, die Fotoausstellung im *Blickpunkt* vorzustellen und das Thema Alzheimer zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe zu machen. Ein Telefonat mit Claudia Thoelen, ihr Interesse an einer Zusammenarbeit, unser Wunsch, ihre Arbeit zu unterstützen und gezielt in den öffentlichen Gesundheitsdiensten bekannt zu machen, führte zu einer streckenweise gemeinsam produzierten Ausgabe. Auf den folgenden Seiten vier und fünf stellt Claudia Thoelen ihre Arbeit vor. Wer anderes als sie selbst kann dies besser beschreiben.

Klaus D. Plümer



„Das Leben mit Demenz bedeutet keinesfalls nur Unglück und Leiden“

Dr. Dirk K. Wolter-Henseler, Alzheimer Gesellschaft Münster e.V.

Alzheimer und Öffentlichkeit

Auszug aus dem Vortrag des Vorsitzenden der Alzheimer Gesellschaft Münster e.V., Dr. Dirk K. Wolter-Henseler, anlässlich der Eröffnung der Fotoausstellung „Alzheimer – eine andere Welt?“ mit Bildern von Claudia Thoelen in Münster am 26.6.2002.

»Alzheimer, also: Demenz, bedeutet den zunehmenden Verlust der Kontrolle: Kontrolle über die Situation, über die eigenen Äußerungen, die eigenen Erinnerungen, auch Kontrolle über Körperfunktionen, über Ausscheidungsfunktionen.

- Demenz bedeutet den zunehmenden Verlust von Selbständigkeit, von Souveränität, von Autonomie.
- Demenz bedeutet den zunehmenden Verlust intellektueller Fähigkeiten, den Verlust der Intelligenz.
- Demenz bedeutet zunehmende Hilfsbedürftigkeit und Abhängigkeit.
- Demenz bedeutet aber auch, Verantwortung abgeben zu können.
- Und Demenz bedeutet nicht den Verlust von Wahrnehmung und Gefühl.

„Auf dem Hintergrund einer Gesellschaft, die Intelligenz, Souveränität

und Autonomie und damit Selbständigkeit allerhöchste Priorität beimisst, ist es verständlich, dass Demenz zur Projektionsfläche tiefergehender Ängste wird, da sie allen narzisstischen Selbst-Idealen widerspricht.“¹⁾ Der Demenzkranke ist also das genaue Gegenteil der Norm des heutigen modernen Menschen. Das macht Angst. Angst davor, aus der Rolle zu fallen. Angst, die abgewehrt wird, z.B. durch die allseits bekannten Alzheimer-Witze. Angst, die verdrängt wird – am besten so, dass man sich des Problems entledigt, indem es in die Altenpflegeheime geschoben, abgeschoben, „entsorgt“ wird. Die Altenpflegeheime halten unserer Gesellschaft die Demenz vom Leib, schützen die Gesellschaft vor ihr, halten die Ordnung aufrecht, ermöglichen reibungsloses Funktionieren.

Die Bilder von Claudia Thoelen zeigen uns, dass das Leben mit Demenz

keinesfalls nur Unglück und Leiden bedeutet.

Genauso wenig wie das Leben ohne Demenz nur Glückseligkeit und Wohlbefinden bedeutet.

„Demenz allein muss für die Menschen kein furchtbares Unglück sein, wenn Milieu und Beziehung stimmen und sich entsprechend dem Menschen anpassen (...). Es gibt genügend Beispiele von Menschen, die der Demenz zum Trotz relativ glücklich gelebt haben.“¹⁾

Auch Leben mit Demenz ist menschliches Leben. Menschliches Leben, das Ehrfurcht und Respekt verlangt.«

1) Müller-Hergl C (2000): Demenz zwischen Angst und Wohlbefinden. In: Tackenberg P, Abt-Zegelin A (Hrsg.): Demenz und Pflege. Frankfurt: Mabuse-Verlag, 248-262
Der vollständige Text des Eröffnungsvortrages liegt der Redaktion vor. Er kann auf Wunsch zugeschickt werden oder direkt über Herrn Dirk K. Wolter-Henseler bezogen werden (e-Mail: <d.wolter-henseler@wkp-muenster.de>).

Aktuelle Ausstellungstermine:

18.09.-18.10.2002
Mönchengladbach, SOZIALHOLDING
Veranstalter: Alzheimer Gesellschaft Mönchengladbach e.V.

07.10.-01.11.2002
Eisenach, STADTVERWALTUNG
Veranstalter: AWO Landesverband Thüringen

18.11.-29.11.2002
Sömmerda, KREISSPARKASSE
Veranstalter: AWO Landesverband Thüringen

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz hat die Ausstellungsrechte für das Land Schleswig-Holstein erworben. Die Ausstellung kann in Schleswig-Holstein kostenfrei ausgeliehen werden (Beratungsstelle für pflegende Angehörige, Kiel: 04 31/7 75 70 44), in anderen Bundesländern wird eine Ausstellungsgebühr erhoben.
Kontakt: Claudia Thoelen, Faberstr. 23, 20257 Hamburg, Tel.: 0 40/85 37 47 28, e-Mail: thoelen.c@snafu.de

Alzheimer

Eingetaucht bin ich in diese Welt zu einem Zeitpunkt, als die Krankheit bei den Betroffenen schon weit fortgeschritten war. Ein Stadium, welches extrem hohe Anforderungen an die Betreuung der Betroffenen stellt, so dass eine professionelle Pflege in einer stationären Einrichtung unumgänglich ist.

Die Persönlichkeit der verschiedenen Menschen, die ich in den Einrichtungen kennenlerne und fotografiere, erschließt sich mir, nahezu ausschließlich aus dem, was ich gegenwärtig mit ihnen erlebe. Angehörige vermitteln mir zwar in Gesprächen biographische Details über das jeweilige Leben der Betroffenen, aber es verbinden mich keine emotionalen Beziehungen mit der Zeit vor Beginn der Krankheit. Den schmerzvollen und kräftezehrenden Prozeß, den Angehörige erleben, habe ich nicht erfahren müssen. Deshalb bin ich mir bewusst, dass es das Privileg meiner Rolle als Beobachterin ist, das Eintauchen in diese Welt weitgehend als interessante und spannende Erfahrung zu erleben.

Den ersten Kontakt mit dieser Krankheit hatte ich durch einen Auftrag des *Spiegel* vor sechs Jahren, ein Jahr später folgte eine weitere Arbeit für den *STERN*. Die Auseinandersetzung mit der Krankheit hat mich jedoch weit über die Aufträge hinaus gefesselt, so dass ich seitdem viel Zeit in verschiedenen Einrichtungen verbringe und fotografiere. Der Demenz-Kranke scheint sich aus unserem vertrauten Denken zu entfernen, das Gemeinsame von Ort und Name geht ihm verloren. Er erschüttert all unsere Ordnung, das Denken unserer Zeit und unseres Raumes. Aber gleichzeitig faszinieren mich die verflochtenen Wege dieser unvorhergesehenen Kommunikation. Als wäre der „Prozess der Zivilisation“ sichtbar geworden. Im Dialog mit Angehörigen, professionell Pflegenden und vor allem durch die Erfahrungen im Umgang mit den Betroffenen selbst entdecke ich immer wieder neue Sehweisen. So habe ich weniger einen Zugang zu einer anderen Welt, als eher eine andere Sicht auf die Welt gewonnen.

In ungewohnten Verhaltensweisen auch Ausdruck ausgelebter und eingeforderter Selbstbestimmung zu sehen, Gefühlswelten und Genussfähigkeit aufzuspüren, ist mir deshalb eine größere Herausforderung, als ihren Verlust zu dokumentieren. Der französische Maler Margritte sagt: „Ein Gegenstand läßt vermuten, dass es noch andere hinter ihm gibt.“ Diese anderen Gegenstände hinter der offensichtlichen Erscheinung der Dinge suche ich zu finden. Meistens begleite ich den ganzen Tag über eine Person. Wir laufen Wege ab, suchend, kommentierend, fragend. Wir entdecken Absonderlichkeiten, erforschen Grenzen und selbst wenn wir selten dieselbe Sprache sprechen, entstehen manchmal Situationen einer gewissen Komplizenschaft, oft sind es diese Momente, in denen die Bilder entstehen.

Die Bilder sind in verschiedenen Einrichtungen entstanden, die besondere Konzepte für die Betreuung von Demenzkranken entwickelt haben. *Haus Schwansen* in Rieseby und *pflegen & wohnen* in Hamburg.

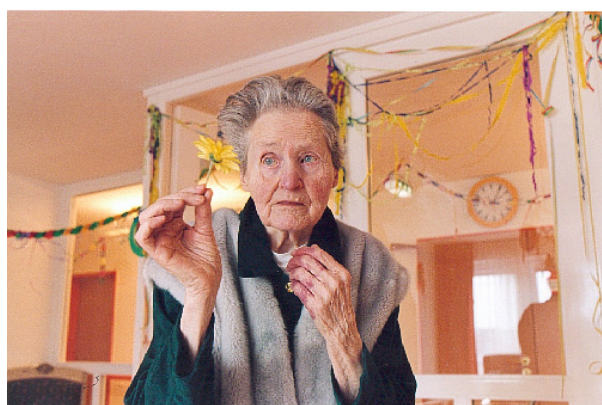


Alle Fotos: Claudia Thoelen

– eine andere Welt?

„So habe ich weniger einen Zugang zu einer anderen Welt, als eher eine andere Sicht auf die Welt gewonnen.“

Claudia Thoelen



Zu dem Konzept im *Haus Schwansen* schreibt die Leiterin Mechthild Lärm: „Der entscheidende Grundsatz unserer Arbeit ist der Glaube an die Fähigkeiten des Menschen, sein Leben aus eigener Kraft zu gestalten. Die Philosophie der Einrichtung fordert, dass für jeden Bewohner unabhängig vom Grad der Pflegebedürftigkeit oder vom Stadium der Demenz, eine an den persönlichen Bedürfnissen orientierte, möglichst hohe Lebensqualität erreicht werden soll. In der Betreuung der altersverwirrten Bewohner gehen wir davon aus, dass demente alte Menschen keine Möglichkeit mehr haben, sich anders zu verhalten, als sie es tun. Sie haben mit der Zunahme der Demenz vielfältige Verluste erfahren. Dies hat Spuren und vor allem Ängste hinterlassen. Unser Konzept wird getragen von dem Bemühen um Einfühlung in die erlittenen Verluste und in die Ängste der betroffenen Menschen. Dazu ist es notwendig, Erkenntnisse aus den biographischen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Dieser Pflege- und Betreuungsansatz akzeptiert den dementen Menschen so wie er ist. Er verlangt eine Umwelt, in der der demente Mensch sich so sicher und angstfrei fühlt, wie dies unter den gegebenen Umständen möglich ist. Damit dies gelingen kann, ist es wichtig, völlig auf Zwangsmaßnahmen, einschränkende Entscheidungen und Restriktionen jeder Art zu verzichten.“

Dr. Jan Wojnar, Leiter des psychiatrischen Dienstes *pflegen & wohnen* in Hamburg sieht dies ähnlich. Wer sogenannte „Verhaltensstörungen“ medikamentös zu behandeln versuche, erkenne nicht „dass diese Störungen überwiegend auf den falschen Umgang mit den Kranken zurückzuführen sind. Die Demenzkranken brauchen eine flexible Umgebung (Milieu), die ihren Fähigkeiten und Defiziten angepasst wird, „primitive“ Verhaltensmuster“ akzeptiert, notwendige pflegerische Maßnahmen möglichst stressfrei für die Betroffenen durchzuführen weiß und kreativ mit überraschenden Reaktionen umgehen kann.

Die Demenzkranken erhalten so ein neues Zuhause, wo sie frei ihrem Bewegungs-, Such- und Sammeldrang nachgehen können, als wertvolle Persönlichkeiten behandelt werden, spontane soziale Kontakte, körperliche Nähe, oft auch Zärtlichkeit und Liebe erfahren und dank einer aufmerksamen Begleitung trotz Vergesslichkeit, Fehlhandlungen und fehlendem Mitteilungsvermögen in Sicherheit und Würde leben.“



Zur Person

Claudia Thoelen

1958 geboren in Essen
seit 91 in Hamburg lebend

Studium

1981-87

Kommunikationsdesign, Schwerpunkt Fotografie, Prof. Angela Neuke, Universität Essen

Preise/Stipendien

1989

1. Preis, Emma Fotografinnenpreis

1994-95

Jahresstipendium Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Schleswig-Holstein, Künstlerhaus Lauenburg

1999

1. Preis Print Medien, Medienpreis 1999 für die kritische Sozialreportage, Mecklenburg-Vorpommern

Januar-März 2000

Arbeitsstipendium Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Schleswig-Holstein, Künstleratelier Rostock

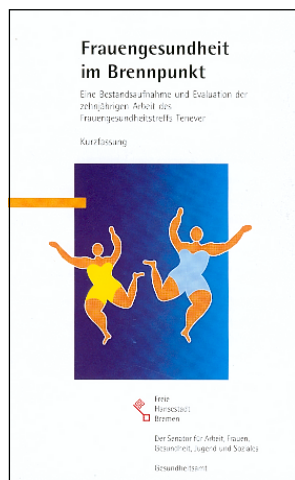
Einzel- und Gruppenausstellungen

seit 1982 in Deutschland, Portugal und Frankreich

seit 1992

Freie- und Auftragsarbeiten für: STERN, DER SPIEGEL, MERIAN u.a.

Frauenleben und Gesundheit



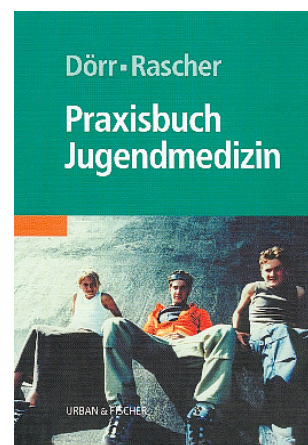
Tenever ist eine Großstadtsiedlung aus den 70er Jahren und ein Stadtteil von Bremen mit vielschichtigen sozialen Problemen. Die Arbeitslosenrate liegt mit 25,1% höher als im Stadtdurchschnitt, viele Frauen sind alleinerziehend, jede dritte Frau ist auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Seit über 12 Jahren gibt es in Tenever einen *Frauengesundheitstreff*, den auch das Gesundheitsamt unterstützt und begleitet. Grundlage der Arbeit dieses Gesundheitstreffs ist ein ganzheitlicher Gesundheitsbegriff, wie ihn die WHO in ihrer Ottawa-Charta für Gesundheitsförderung eingeführt hat. Frauen in ihren Möglichkeiten zu stärken und sie zu befähigen, selbst zu ihrer Gesunderhaltung beizutragen, war von Beginn an das Ziel dieses Projekts. In Kooperation mit dem Gesundheitsamt Bremen und dem Zentrum für Public Health der Universität Bremen wurde nun eine Evaluation der Arbeit des

Frauengesundheitstreffs finanziert und durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Umsetzung des Konzepts gelungen ist und als ein gutes Beispiel für gezielte Gesundheitsförderung gelten kann. Eine vom Gesundheitsamt herausgegebene Broschüre mit dem Titel *Frauengesundheit im Brennpunkt* bietet einen Überblick über die Ergebnisse und die Arbeit des Treffs.

mün

Die Schrift kann beim Gesundheitsamt Bremen, Projektförderung Frauen und Gesundheit, bestellt werden. Ansprechpartnerin ist: Felicitas Jung, Gesundheitsamt Bremen, Hornerstr. 60-70, 28203 Bremen, Tel.: 04 21/361-151 21, e-Mail: fjung@gesundheitsamt.bremen.de

In wenigen Wochen werden sich alle Kinderärzte der Bundesrepublik offiziell als Kinder- und Jugendärzte bezeichnen können; die erweiterte Gebietsarztbezeichnung weist auf ein Arbeitsfeld hin, das in der Nachkriegspädiatrie nur eine geringe Rolle spielte und erst richtig wahrgenommen wurde, als Klaus Hurrelmann und seine Arbeitsgruppen sich öffentlichkeitswirksam mit dem Wandel des Krankheitsspektrums und den sogenannten neuen Morbiditäten im Jugendalter auseinander setzten. An den nur langsam steigenden Beteiligungsquoten der J1 (zwischen 20 und 55 %) lässt sich ablesen, dass die fachärztliche Auseinandersetzung mit diesem in der klinischen Ausbildung wenig gesehenen Entwicklungsabschnitt erst allmählich in Gang kommt.



Mit dem „Praxisbuch Jugendmedizin“, herausgegeben von zwei erfahrenen Jugendmedizinern aus der Klinik und Poliklinik für Kinder und Jugendliche in Erlangen, liegt nun ein zweites deutschsprachiges jugendmedizinisches Standardwerk vor, das den Ansprüchen, vor die der Praktiker gestellt wird, Genüge leisten kann. Konzeptionell hebt sich dieses Werk von den gewohnten Lehrbüchern angenehm ab. Die Herausgeber haben nicht nur klinische Spezialisten, sondern auch zwei niedergelassene Kinderärzte, einen Juristen und den Sozialwissenschaftler Hurrelmann als Autoren hinzugezogen. Alle Kapitel sind kurz, praxisrelevant und klar gegliedert.

Das 578 Seiten starke Werk teilt sich in drei Abschnitte auf. Im Grundlagen-Teil finden sich neun Einzelkapitel, die vorwiegend auf die körperliche und psychosoziale Entwicklung eingehen. Besonders lesenswert ist dabei der Artikel „Der jugendliche Patient in der Praxis“. Der verständlicherweise umfangreichste Teil ist unter dem Titel „Beschwerden, Probleme, Krankheitsbilder“ zusammengefasst. Die übliche Ordnung nach Fachgebieten wurde verlassen; stattdessen wurde nach dem

Alphabet geordnet: Von Adipositas, Akne und Angststörungen bis Zahn- und Kieferprobleme sowie Zwangsstörungen reicht die Palette der Störungsbilder. Hierbei ist die Arbeit der Herausgeber deutlich erkennbar; jedes Kapitel beginnt mit der Definition, der epidemiologischen Situation und der Problematik der Störung für den Jugendlichen. Berichtet wird in der Regel nur, was für Jugendliche relevant sein kann. Dadurch sind die Kapitel kurz; die grafische Gestaltung mit farblicher Unterlegung, Zwischenüberschriften, kurzen Tabellen und ausgesuchten Abbildungen unterstützt die Lesbarkeit. Im letzten Teil finden sich Farbbilder zu den Stadien der Brust- und Genitalentwicklung, zu verschiedenen Akneformen und auffälligen gynäkologischen Befunden bei Mädchen. Am schnellsten überholt wird die umfangreiche Internetadressensammlung sein. Dennoch ist diese gerade in der Praxis hilfreich. Vorbildlich ist das ausführliche Sachregister.

Eine der Zielgruppen, die an diesem Buch interessiert sein müssten, sind sicher die Kinder- und Jugendärzte im ÖGD. Das Buch eignet sich nicht nur für die Sprechstunden in den Schulen und Gesundheitsämtern, sondern auch zur raschen, dennoch gründlichen Information im Rahmen der Gesundheitserziehung. Der Anschaffungspreis ist so kräftig wie der Hardcover-Umschlag, jedoch wird sich die Anschaffung dieses Buches allemal lohnen.

Hartmut Schirm

e-Mail: schirm@mail.afogew.nrw.de

H.-G. Dörr und W. Rascher
Praxisbuch Jugendmedizin.
München: Urban & Fischer Verlag
2002. 578 S., 90 Abb., 99,95 EUR
ISBN 3-437-21950-2

Neue Bücher

Legasthenie – Leitfaden für die Praxis.

Begriff, Erklärung, Diagnose, Behandlung, Begutachtung. Von Andreas Warnke, Uwe Hemminger, Ellen Roth u. a. Göttingen u.a.: Hogrefe Verlag 2002. 132 S., 19,95 EUR ISBN 3-8017-1497-7

Icks, Andrea Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes mellitus.

Lage: Verlag Hans Jacobs 2002. 180 S., 19,90 EUR ISBN 3-932136-93-4

Flammer, A. und Alsaker, F Entwicklungspsychologie der Adoleszenz.

Die Erschließung innerer und äußerer Welten im Jugendalter. Bern, Göttingen: Verlag Hans Huber 2002. 414 S., 34,95 EUR ISBN 3-456-83572-8

Barth, Myriam Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Altenpflege.

München: Urban & Fischer 2002. 200 S., 19,95 EUR ISBN 3-437-47220-8

Arnold, H. und Schille, H.-J. (Hrsg.) Praxishandbuch Drogen und Drogenprävention.

Handlungsfelder, Handlungskonzepte, Praxisschritte. Weinheim: Juventa Verlag 2002, 400 S., 28,00 EUR ISBN 3-7799-0783-6

Krankenhausinfektionen

Neue oder neu erkannte Virusinfektionen (wie z.B. AIDS oder BSE) haben die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit gefunden, und aktuelle Fallbeispiele iatrogenen nosokomialer Virusinfektionen wurden in den letzten Jahren vermehrt in der Presse diskutiert. Die Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung der Viruskrankheiten e.V. und die Gesellschaft für Virologie e.V. haben auf der internationalen Tagung der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene e.V. im März 2000 in Dresden zwei Workshops durchgeführt, auf denen die epidemiologische Situation wichtiger nosokomialer Virusinfektionen diskutiert wurde. Die Ergebnisse dieser Symposien sind als „state of the art“ zusammengefasst. Ein Schwerpunkt des Buches liegt in der Diskussion zur Entwicklung von Normen für die Prüfung antiviraler Desinfektionsmittel. Dabei werden einzelne Labormethoden und Nachweisverfahren sehr detailliert und ausführlich beschrieben. Während der Workshops haben sich einige Arbeitsgruppen auch mit den

Perspektiven und Erfordernissen antiviraler Desinfektion in den verschiedenen Anwendungsbereichen der Krankenhäuser (Dialyse, Blutprodukte, Zahnmedizin u.a.) befasst und präsentieren ihre Ergebnisse. Zuletzt werden „Virologische Empfehlungen zur Verhütung einer iatrogenen/nosokomialen Übertragung von HIV, HBV oder HCV“ ausgearbeitet.

Dieses Buch gibt einen sehr detaillierten und interessanten Einblick in die virologische Forschung. Es bietet jedoch wenig Antworten auf Hygienefragen aus der Praxis. Für den Praxisalltag im Öffentlichen Gesundheitsdienst ist es eher zu speziell.

Ute Teichert-Barthel

e-Mail: Ute.Teichert@aw-online.de

Nosokomiale Virusinfektion – Erkennung und Bekämpfung.

Holger F. Rabenau u.a. (Hrsg.) Lengerich u.a.: Pabst Science Publishers 2001. 213 S., 20,00 EUR ISBN 3-935357-21-4

Reformen im Gesundheitswesen

Kostenexplosion, Medizinische Technologien, „gläserne Patienten“ oder die „Überalterung“ unserer Gesellschaft: dies sind nur einige Schlagworte, die in einer eher unübersichtlichen, teilweise plakativen und punktuell geführten Diskussion um das deutsche Gesundheitswesen angeführt werden. Dass unser Gesundheitswesen reformiert werden muss, ist unbestritten. Aber wie? Das Buch *Reformen im Gesundheitswesen* von Fritz Beske liefert erstmals eine klare und konzise Übersicht der wichtigsten Vorschläge von Parteien, Verbänden und Einzelpersonen. Der erste Teil beschreibt grundsätzliche Möglichkeiten und Reformwege im Gesundheitswesen. Im zweiten Teil werden 40 Konzepte nach einem einheitlichen Gliederungsschema vorgestellt, so dass Aussagen zu beispielsweise Versorgungszielen, Finanzierung und Leistungsumfang verglichen werden können. Abschließend werden im dritten Teil Vorschläge zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens stichwortartig aufgeführt. Das Buch erspart

es den an der Diskussion beteiligten oder interessierten Leserinnen und Lesern, eine beschwerliche Quellensuche oder zeitraubenden Lektüre der – oft umfangreichen Texte – vorzunehmen.

Gerade angesichts der im September anstehenden Bundestagswahlen ist das im Januar 2002 vom Deutschen Ärzte-Verlag publizierte Buch rechtzeitig erschienen, um u.a. Gesundheitsexperten und interessierten Laien eine Grundlage für die allgemeine Meinungsbildung und vielleicht die private politische Entscheidungsfindung an die Hand zu geben.

Rüdiger Rau

e-Mail:

ruediger.rau@kreis-wesel.de

Beske, Fritz Reformen im Gesundheitswesen.

Aktuelle Vorschläge aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Eine Dokumentation – Kieler Synopse. Köln: Deutscher Ärzte-Verlag 2002, 304 S., 44,95 EUR ISBN 3-7691-3167-3

Gesundheitsmagazin „InForm“

Seit dem 1. Januar 1998 werden in Nordrhein-Westfalen aufgrund des Gesundheitsdienstgesetzes in allen Kreisen und Kreisfreien Städten „Kommunale Gesundheitskonferenzen“ eingerichtet. Der Rat oder der Kreistag beruft dieses Gremium, dem Vertreter der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, Beauftragte der Kranken-, Renten- und Unfallversicherungen, Krankenhäuser und Pflegeheime angehören. Selbsthilfegruppen und Einrichtungen des Patientenschutzes wirken ebenso mit. Die Kommunale Gesundheitskonferenz greift aktuelle Entwicklungen in der Kommune auf und berät gemeinsam Fragen der gesundheitlichen Versorgung. Das Ziel ist eine vermehrte Koordination der Institutionen vor Ort, eine verbesserte Abstimmung von Leistungen und eine Förderung der Kooperation. Damit sollen vorhandene Ressourcen optimal genutzt werden. Zusammen mit der Geschäftsstelle der Pflegekonferenz im Kreis Wesel hat die Gesundheitskonferenz eine Zeitschrift mit dem Titel „InForm – Informationsmagazin Gesundheit, Pflege und Soziales“ herausgegeben. Die Broschüre hat eine Auflage von 5.000 Exemplaren und wird an die Städte und Gemeinden verteilt. Sie liegt darüber hinaus bei



den Freiwilligenzentralen, Krankenhäusern und Arztpraxen aus. Die Vielfalt der Themen geht von Schlaganfall über Pflegeberatung, Aids, Sucht- und Drogenberatung bis hin zur medizinischen Notfallhilfe. Der Titel dieses Gesundheitsmagazins „InForm“ spiegelt vieldeutig das Anliegen der Herausgeber wider, nämlich dass klare und zuverlässige Informationen für die Bevölkerung zum Thema Gesundheit mit dazu beitragen können, gut „in Form“ zu bleiben. Die Publikation, die nun schon zum zweiten Mal erschienen ist, soll auch künftig jährlich herauskommen. „InForm“ ist auch im Internet zu finden: www.kreis-wesel.de unter dem Link „Soziales“.

mün

Checklisten für den Katastrophenfall

Nicht erst seit dem 11. September hat der ÖGD umfangreiche Aufgaben auch im Bereich des Katastrophenschutzes wahrzunehmen. Der österreichische Arzt Gerhard Fürnsinn hat mit Schwerpunkt auf die Verhältnisse in seiner Heimat eine Reihe von Checklisten für das oben genannte Gebiet zusammengestellt. So werden biologische und chemische (potentielle) Kampfstoffe mit einem kurzen Profil geschildert. Handlungsanweisungen zur Dekontaminierung und zur Einsatzführung ergänzen den Band.

Eines ist allerdings gewiss: Dieser Band ersetzt keineswegs die Teilnahme an Übungen und Vorlesungen zu diesem Gebiet. So möchte ich allen an diesem Thema Interessierten die umfangreiche Veröffentlichung des Bundesinnenministeriums mit dem Titel „Katastrophenmedizin“ nahelegen. Sie ist zur Zeit kostenlos im Internet zu beziehen: <www.denis.bund.de/dokumente/01703/index.html?151> und in seiner klaren Gliederung und seiner Ausführlichkeit eher zu bevorzugen. Dennoch ist die ergänzende Lektüre des Werkes von Fürnsinn zu empfehlen. Es bietet ein gutes Basismaterial. Mein

Fürnsinn, Gerhard

Der biologisch-chemische Katastrophenfall. Ein Handbuch für Einsatzkräfte.

Wien, New York: Springer Verlag 2001. 160 S., 14,30 EUR
ISBN 3-211-83659-4

Tipp zum Thema im Internet ist: <www.denis.bund.de>. Hier stellt sich ein Internetportal zum Katastrophenschutz vor, das vom Bundesverwaltungsamt verantwortet wird und einen sehr guten Überblick zum Thema gewährt.

Martin Dirksen-Fischer
e-Mail: Martin.Dirksen-Fischer@eimsbuettel.hamburg.de



Katastrophenmedizin

Im Rahmen der Katastrophenhilfe kann auch der öffentliche Gesundheitsdienst mit der Planung und Koordination von Rettungseinsätzen betraut sein und Schritte zur Gefahrenabwehr einleiten. Der vom Bundesministerium des Innern herausgegebene Leitfaden für die ärztliche Versorgung will umfassend und unter Berücksichtigung des neuesten Informationsstandes Ratschläge und Hinweise zur angemessenen Entscheidungsfindung und zur notwendigen Vorgehensweise geben. Ganz spezielle Probleme, die in den unterschiedlichen Katastrophenfällen auftreten, werden behandelt. So sind die Themen der Beiträge u.a.: *Lebensrettende Sofortmaßnahmen unter Katastrophenbedingungen, Maßnahmen bei thermischen Schädigungen oder Strahlunfällen, Seuchenhygiene und -bekämpfung, Katastrophenmanagement im Krankenhaus*. Besonders erwähnens-

wert ist das nützliche *Einsatzablauf-Flussdiagramm* im Anhang. Das Buch soll das Anliegen der Katastrophenmedizin einem breiten Leserkreis näherbringen und verfolgt die Absicht, besonders dem Arzt eine konkrete Hilfestellung für seine Aufgabe unter den besonderen Gegebenheiten einer Katastrophe zu geben.

miin

Katastrophenmedizin. Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall.
Hrsg. von der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern.
Mit Beiträgen von B. Domres u.a.
Berlin 2001. 344 S.
ISBN 3-00-007967-X

Im Internet unter:
www.denis.bund.de/dokumente/01703/index.html?151

Rettungsdienst und ÖGD

Welche Rolle übernimmt der Öffentliche Gesundheitsdienst bei der Gefahrenabwehr und -bewältigung von Großschadensereignissen? In den einzelnen Bundesländern ist dies oft unterschiedlich umfangreich geregelt und richtet sich nach den Landesgesetzen für den ÖGD sowie den entsprechenden Rettungsdienst- bzw. Katastrophenschutzgesetzen der Länder. Dem ÖGD kann in katastrophfreien Zeiten eine beratende und planende Funktion zugeordnet werden, während im Einsatzfall ein Vertreter des ÖGD die Funktion eines Fachberaters in der mittleren und oberen Führungsebene wahrnehmen kann. Das Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (lögD) in Bielefeld hat in seiner Schriftenreihe „Materialien zur Umwelt und Gesundheit“ zwei Publikationen zu diesem Themenbereich herausgegeben.

Die vier Kapitel der Veröffentlichung „Rettungsdienst und Katastrophenschutz aus Public Health-Perspektive“ beschäftigen sich mit den Themen: Die Bewältigung von Großschadensereignissen und Katastrophen: Ist-Situation für den ÖGD; Beschreibungs- bzw. Definitionsmöglichkeiten von außergewöhnlichen Ereignissen; Querverbindungen zu benachbarten wissenschaftlichen und sozialen Aktivitäten; Ansatzpunkte für das lögD und den ÖGD. Die Expertise kommt zu dem Schluss, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst mit seinen institutionellen Möglichkeiten und als ein maßgeblicher Akteur im Gesundheitswesen Anlass genug hat, sich in diesem Bereich zu engagieren. Ansatzpunkte ergeben sich besonders im Katastrophenmanagement. Dies kann die Arbeit an der Lösung methodischer Probleme sein, z. B. durch standardisierte Verfahren bei der Planung von Gefahrenabwehrsystemen, bei der Durchführung von Datenerhebungen und deren Auswertung etc. Dies kann ebenso die Lösung spezieller Probleme sein, z. B. bei der Trinkwasserversorgung oder der Seuchenhygiene im Katastrophenfall.

Obladen, Ralf
Rettungsdienst und Katastrophenschutz aus Public Health-Perspektive. Ansatzpunkte für den ÖGD. Expertise im Auftrag des Landesinstituts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (lögD), Bielefeld.
Bielefeld 2001. 92 S.
(Materialien Umwelt und Gesundheit, Nr. 27)
Zum Download im Internet unter www.loegd.nrw.de

Eine weitere Schrift unter dem Titel „Katastrophenmedizin“ fasst die Beiträge einer Arbeitstagung zusammen und behandelt ausführlich die gesundheitsrelevanten Wirkungen von chemischen und biologischen Kampfstoffen. Unter den Gefahrstoffen stellen die z. T. für den militärischen Einsatz entwickelten chemischen Stoffe eine toxikologisch bedeutsame Gruppe dar. Ihre Wirkungen werden ausführlich dargestellt. In weiteren Beiträgen wird auf die Bedeutung von Bakterien und Viren als biologische Kampfstoffe eingegangen. Der Entwurf eines sogenannten „Alarmplanes“ und Maßnahmenka-



ataloges bei hochkontagiösen Infektionserkrankungen im Zusammenhang mit B-Waffen ergänzen die Artikel. Modelle zur Integration des Öffentlichen Gesundheitsdienstes bei der Bewältigung von außergewöhnlichen Schadensereignissen werden auch in dieser Schrift dargelegt und diskutiert.

miin

Kohn-Schulze, Elisabeth (Hrsg.)
Katastrophenmedizin. Beiträge der 7. Arbeitstagung Umweltmedizin/-hygiene am 8.11.2001, Dortmund. Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (lögD), Bielefeld. Bielefeld 2002. 122 S.
(Materialien Umwelt und Gesundheit, Nr. 35)

Beide Berichte können bestellt werden beim: lögD, Westerfeldstr. 35/37, 33611 Bielefeld.

INTERNETADRESSEN INTERNETADRESSEN INTERNETADRESSEN INTERNETADRESSEN

Bioterrorismus und Katastrophenschutz

www.denis.bund.de

Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem - deNIS - informiert über Gefahrenarten, Möglichkeiten der Gefahrenabwehr sowie über personelle und materielle Hilfeleistungspotentiale. Es ist ein Serviceangebot des Bundesverwaltungsamtes - Zentralstelle für Zivilschutz - im Auftrag der Bundesregierung. Hier finden Sie umfangreiche Links zu Daten aus den Bereichen Katastrophenschutz, Zivilschutz und Notfallvorsorge.

www.cdc.gov/ncidod/eid/

Die Centers for Disease Control and Prevention in Atlanta bieten zahlreiche Links zum Thema Bioterrorismus und den verschiedenen Infektionsmöglichkeiten.

www.dgkmev.de

Die Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e. V., DGKM, veröffentlicht ihre Mitteilungsblätter und Kongressberichte im Internet. Thema z. B.: Welche Schutzausrüstung benötigen Einsatzkräfte im Gesundheitswesen bei der individuellen Notfallversorgung und bei einem Massenansturm von Infektionspatienten?

www.bzs.bund.de/aknz.htm

Die Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) des Bundesverwaltungsamtes erledigt u.a. alle Verwaltungsaufgaben des Bundes in diesem Bereich und unterstützt die Länder und Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Bestandteil der Zentralstelle für Zivilschutz ist die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz, die hier ihr Fortbildungsangebot vorstellt.

www.emergency-management.net/

Das Unternehmen Emergency & Disaster Management, Inc. ist eine unabhängige Einrichtung, die weltweit Non-Profit-, Industrie- und Regierungsinstitutionen in Notfällen berät. Große Anzahl von weiterführenden Links.

www.loegd.nrw.de/links/frameset.html

Auf den Seiten des Landesinstituts für den öffentlichen Gesundheitsdienst NRW sind eine Vielzahl von ÖGD-relevanten Informationen und Materialien zu Anthrax, Milzbrand und Bioterrorismus zu finden.

www.rki.de/GESUND/GESUND-BT.HTM

Zum Thema Bioterrorismus hat das Robert-Koch-Institut auf den Seiten u. a. Empfehlungen für die Vorgehensweise bei Verdacht auf Kontamination mit gefährlichen Erregern veröffentlicht.

www.who.in/emc/book_2nd_edition.htm

Abdruck der Veröffentlichung: Public health response to biological and chemical weapons: WHO guidance. 2nd edition, 2001.

<http://pubs.ama-assn.org/bioterr.html>

Umfangreiche Zusammenstellung zum Thema Bioterrorismus der Zeitschrift JAMA. Die Aufsätze können im Volltext heruntergeladen werden können.

www.dkkv.org/default.asp

Das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV) bietet insbesondere zu dem Bereich Naturkatastrophen Veröffentlichungen, Fachinformationen und Empfehlungen an sowie ein Diskussionsforum für Interessierte.

www.uminfo.de/

In dem medizinischen Informationsnetz UMINFO findet man unter dem Ordner <UMINFO>, den Unterordner <Diskussionsforen> und dort den Link <Biologische Kampfstoffe>. Hier sind viele interessante Beiträge, Empfehlungen, Anregungen zum Thema aufgeführt.

Petra Münstedt

Am 21.9.2002 ist Welt-Alzheimer-Tag

(pm) Schätzungsweise 1,3 bis 1,6 Millionen Menschen leiden in Deutschland an einer Form der Demenz. Zwei Drittel der Erkrankten werden zu Hause von ihren Angehörigen betreut und gepflegt. Der Welt-Alzheimer-Tag hat zum Ziel, diese Krankheit mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen und Betroffenen, Angehörigen und professionellen Pflegekräften notwendige Informationen zu vermitteln, die dazu beitra-

gen sollen, mit dieser Krankheit besser umzugehen.

Vielfältiges Informationsmaterial als Hilfestellung für Betreuung und Pflege bringt die Alzheimer Forschung Initiative e.V. zum diesjährigen Welt-Alzheimer-Tag. Materialien können kostenlos unter www.alzheimer-forschung.de oder direkt bei der Alzheimer Forschung Initiative e.V., Grabenstr. 5, 40213 Düsseldorf, Tel. 0800-200 40 01, bestellt werden.

Unterschriftenaktion zur Bundestagswahl 2002

Alzheimerkranken jetzt helfen

„Der Wert einer Gesellschaft zeigt sich gerade darin, wie sie mit ihren Schwachen und Kranken umgeht.“ Unter diesem Motto startet die Deutsche Alzheimer Gesellschaft gemeinsam mit anderen Verbänden eine Unterschriftenaktion zur Bundestagswahl 2002. Sie appelliert an die Politik, sich mehr als bisher mit der Situation der Alzheimer-/Demenzkranken und ihrer pflegenden Angehörigen auseinanderzusetzen und konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation einzuleiten. Gefordert wird:

- die Aufhebung der Trennung zwischen den Leistungen der Kranken- und Pflegekasse für Alzheimerkranke,
 - das Sicherstellen von Aufklärung, Beratung, Anleitung und Entlastung für die pflegenden Angehörigen,
 - die Bezahlung der notwendigen Medikamente und Therapiemaßnahmen durch die Krankenkassen,
 - die gerontopsychiatrische Aus-, Fort- und Weiterbildung aller beteiligten Berufsgruppen
 - eine flächendeckende ambulante und stationäre Versorgungsstruktur für die Kranken und ihre Angehörigen.
- Die gesammelten Unterschriften sollen am 21. September, dem Welt-Alzheimer-Tag, kurz vor der Bundestagswahl, den Kanzlerkandidaten überreicht werden.

Mehr als 160 Prominente unterstützen die Aktion, allen voran die Tochter des zu Beginn des Jahres an der Alzheimerkrankheit verstorbenen Helmut Zacharias. Aus den Autogrammkarten

vieler dieser Prominenten haben die Initiatoren ein Plakat erstellt, mit dem für die Aktion geworben wird.

Mehr Infos zu dieser Aktion unter: www.alzheimeraktion.de



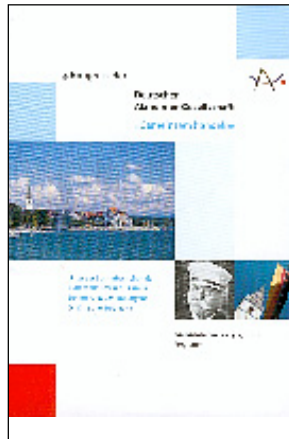
Foto: Claudia Thelen

„Der Wert einer Gesellschaft zeigt sich gerade darin, wie sie mit ihren Schwachen und Kranken umgeht.“

Deutsche Alzheimer Gesellschaft

Kongress in Friedrichshafen

„Gemeinsam handeln“



Der dritte Kongress der Deutschen Alzheimer Gesellschaft findet vom 12. bis 14. September 2002 in Friedrichshafen statt. Hier geht es um Innovationen auf den Gebieten der Medizin, der Behandlung, Rehabilitation und Versorgung sowie neue Formen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Berufsgruppen. Einen Schwerpunkt bildet das Thema „Stationäre Versorgung“.

Begleitend zu den einzelnen Symposien findet eine Posterpräsentation statt, an der sich auch die Akademie beteiligt. Sie wird mit dem Thema *Zur Rechtsstellung Demenzkranker in Heimen – Anlässe und Hin-*

tergründe zur Bestellung gesetzlicher Betreuer in Altenpflegeheimen auf dem Kongress vertreten sein.

Nähere Informationen: www.ctw-congress.de/alzheimer

Alzheimer Gesellschaften

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. in Berlin

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft wurde 1989 als gemeinnütziger Verein gegründet und ist der Bundesverband der Alzheimer Landesverbände sowie der regionalen und örtlichen Gesellschaften. Ziel ihrer Arbeit, die überwiegend ehrenamtlich geleistet wird, ist u.a. die Hilfe für Betreuende durch Aufklärung und örtliche Hilfeleistungen, die Förderung des Verständnisses für diese Krankheit innerhalb der Bevölkerung, die Unterstützung wissenschaftlicher Forschung und die Entwicklung neuer Betreuungs- und Pflegeformen.

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V.
Friedrichstraße 236, 10969 Berlin
Tel.: 0 30/25 93 795-0,
Fax: 0 30/25 93 795-29
e-Mail: info@deutsche-alzheimer.de
Homepage: www.deutsche-alzheimer.de

Die Alzheimer Forschung Initiative e.V.

Die Alzheimer Forschung Initiative (AFI) wurde im August 1995 in Deutschland gegründet. Als gemeinnützige Organisation hat sie zum Ziel, Spendengelder zur Förderung wissenschaftlicher Forschungsprojekte auf dem Gebiet der Ursachen-, Diagnose- und Therapieforschung zu sammeln. Die AFI gibt aktuelle Publikationen für Betroffene und Angehörige heraus und informiert umfassend über Daten und Fakten zur Alzheimer Krankheit. Alzheimer Forschung Initiative Grabenstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211/86 20 66-21
Fax 0211/86 20 66-11
e-Mail: e.wiese@alzheimer-forschung.de
Homepage: www.alzheimer-forschung.de/web/start.htm

Die Alzheimer Angehörigen-Initiative e.V.

hilft Angehörigen Demenz-Kranker durch umfassende Informationen und

praktische Tipps zu Fragen im Umgang mit den Erkrankten, bietet Hilfsangebote für Pflegenden und Unterstützung bei rechtlichen und finanziellen Fragen. Eine sehr umfangreiche Liste von Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen in ganz Deutschland ist auf der Homepage zu finden: Alzheimer Angehörigen-Initiative e.V.

Reinickendorfer Str. 61, 13347 Berlin
Tel.: 0 30/47 37 89 95,
Fax: 0 30/47 37 89 97
e-Mail: info@alzheimerforum.de
Homepage: www.alzheimerforum.de

IMPRESSUM

Herausgeber und Vertrieb:
Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf, Auf'm Hennekamp 70, Postfach 25 02 51, 40093 Düsseldorf
Tel. (0211) 31 096-0, Fax (0211) 31 096-69
Internet: www.afog.nrw.de
Die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt der Länder Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Redaktion:
Klaus D. Plümer (v. i. S. d. P.),
e-Mail: pluemerk@mail.afog.nrw.de
Petra Münstedt
e-Mail: muenstedt@mail.afog.nrw.de
Ellen Steinbach
e-Mail: steinbach@mail.afog.nrw.de
Grafik-Design: Franziska Müller
Anzeigen: Angelika Remmers
Druck: V.A. Meinke, Neuss
Auflage: 4300, Ausgabe: August 2002
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Blickpunkt öffentliche Gesundheit ist ein Forum der freien Meinung. Deshalb stellt nicht jeder Beitrag auch die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Redaktionsschluß für die Ausgabe 4/2002 ist der 4. Oktober 2002.
Beiträge für den Blickpunkt bitte als informatiertes Word-Dokument per e-Mail an die Redaktion schicken. Die Blickpunkt-Redaktion behält sich vor, eingehende Beiträge zu kürzen und/oder redaktionell zu überarbeiten.
Bezugspreis für Einzelabos: 5,50 EUR pro Jahr (4 Ausgaben)
Nachdruck, auch auszugsweise, nur unter Angabe der Quelle.
ISSN 0177-7165